

Protokoll Nr. 14 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 25.02.2021– als Videokonferenz

Beginn: 19:35 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Songül Aslan
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Wiebke Feuerhake
Maria-Katharina Gonther
Dr. Vera Helling
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Miriam Benz
Hela Dumas
Anna Faethe
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gast | Dr. Christian Vater (Die Bremer Stadtreinigung AöR (dbs)) | |

Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 13 der öffentlichen Beiratssitzung am 28.01.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Frau Eickelberg bittet, die Umlaufzeiten der Lichtsignalanlage (LSA) für die Fußgänger*innen an der Ecke Parkallee/ Benquestraße prüfen zu lassen. Sie habe den Eindruck, dass die Wartezeit für die Fußgänger*innen verlängert und die Grünphase verkürzt worden sei.

Frau Dr. Mathes sichert eine entsprechende Überprüfung zu.

Herr Dr. Schober erkundigt sich, ob im Ortsamt bereits Reaktionen auf die von der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) für 01.03.2020 angekündigten Lockerungen für den Schulbetrieb in Bremen eingegangen seien?

Dies sei nicht der Fall, erwidert Frau Dr. Mathes, und verweist auf die nächste Sitzung des Fachausschusses „Bildung und Kinder“ am 17.03.2021, die sich mit der Situation der Schulen während der Corona-Pandemie befassen werde.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass aus dem Haus der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) gestern eine Antwort auf das Auskunftersuchen des Beirats zur Fernwärmeverbindungsleitung eingegangen sei.¹ Dieser Antwort sei eine umfassende Antwort von swb AG/ wesernetz GmbH angefügt worden.² Beides liege den Beiratsmitgliedern bereits vor.

Außerdem weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass Globalmittelanträge für die erste Vergaberunde bis 15.03.2021 eingereicht werden müssten.

¹ Die Antwort der Planfeststellungsbehörde ist als **Anlage 1a** diesem Protokoll angefügt.

Das Auskunftersuchen wurde in der letzten Beiratssitzung am 28.01.2021 beschlossen, siehe [Protokoll Nr. 13](#) (TOP 2) und die Anlage [CDU/LINKE Aktualisierte Informationsanfrage zur Fernwärmetrasse](#).

² Die Antwort von swb und wesernetz ist als **Anlage 1b** diesem Protokoll angefügt.

TOP 2: Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024³

Dr. Christian Vater erläutert an Hand einer Präsentation den Entwicklungsplan.⁴ Zur Vorbereitung des Konzepts seien die Erfahrungen und Vorgehensweisen 30 weiterer Städte in Deutschland abgefragt worden. Bislang zeichneten sich die Recyclingstationen in Bremen durch ihre gute Erreichbarkeit aus, andere wichtige Faktoren seien jedoch verbesserungsfähig (u.a. Angebot, Abgabeergonomie, Zahl der nötigen Container-Transporte, Grad der Wiederverwendung).

Senatorin Dr. Maike Schäfer habe sich frühzeitig darauf festgelegt, keine der vorhandenen 15 Recyclingstationen zu schließen. Die interne Nutzenanalyse habe zunächst das Modell „7+1“ favorisiert, d.h. den Erhalt von sieben der vorhandenen Stationen plus des Neubaus einer Station in Osterholz. Entsprechend hätten acht Stationen geschlossen werden müssen. Dieser Vorschlag sei jedoch vom Verwaltungsrat der dbs abgelehnt worden. Dieser habe sich für das Modell „Modern+Grün 15+1“ entschieden. Dieses berücksichtige, dass in zahlreichen Stationen in erster Linie Grünabfälle abgegeben würden und setze auf Kundenfreundlichkeit, ziehe jedoch Mehrkosten von etwa € 1,3 Mio. gegenüber dem von der dbs favorisierten Modell nach sich, die sich auch in einer Erhöhung der Müllgebühren niederschlagen würden. Konkret bedeute dies, dass sieben Stationen im heutigen Sinn mit einer leichten Ausweitung der Öffnungszeiten fortgeführt würden, zwei Stationen neu gebaut würden und ein umfassendes Angebot vorhielten (Osterholz und Hulsberg) und sieben Stationen in sog. „Grün-Stationen“ umgewandelt würden. Bei ihnen könne an zwei Tagen jede Woche plus Samstag Grünabfall abgegeben werden. Die Grün-Stationen wären in der Zeit von Dezember bis Februar geschlossen. Dies betreffe auch die Stationen in Findorff und Horn.

Auf Nachfragen erwidert Christian Vater:

- Die bisherige Zusammenarbeit mit den Recycling-Werkstätten solle ausgeweitet werden. Die Erhöhung der Wiederverwendungs-Quote sei Teil des Konzepts;
- die Mehrkosten machten sich bei einem Haushalt mit einer 120 l-Abfalltonne mit etwa sechs bis sieben Euro je Jahr bemerkbar (etwa 4%). Allerdings solle das zukünftige Angebot auch mehr bieten;
- an den vorgesehenen Grün-Stationen bestehe nach bisheriger Erfahrung im Winter kaum Publikumsverkehr. Deshalb sollen sie für drei Monate geschlossen werden. In den anderen neun Monaten würden die Öffnungszeiten von jetzt 44 auf 15 Stunden an drei Tagen verringert. Die bisher vorgesehenen Öffnungszeiten von 9 bis 14 Uhr könnten nach hinten verlagert werden. Auch diese Stationen böten jedoch ganzjährig die Möglichkeit, Altglas, Altkleider und kleine Elektrogeräte abzugeben;
- die Anlieferung mit (Lasten-) Rädern werde bei der Ausschreibung für den Neubau von zwei Stationen berücksichtigt. Hier müsse die Anlieferung ebenerdig erfolgen;
- von den Wertstoffsammelplätzen (WSP) in den Stadtteilen seien welche geschlossen worden, nachdem sie sich zu Müllsammelplätzen entwickelt hätten. Grundsätzlich strebe die dbs dort mehr Sauberkeit an und wolle die Standorte trotz Problemen als Abgabemöglichkeit für Altglas, Altkleider und Kleinelektro erhalten.

Ralph Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft/ Mitglied im Verwaltungsrat der dbs) berichtet, dass sich der Verwaltungsrat der dbs einvernehmlich und damit über Parteigrenzen hinweg für das Konzept 15+1 ausgesprochen habe. Damit blieben alle Stationen und die kurzen Wege erhalten.

Jörn Linnertz betont, dass die Recyclingstationen nah an den Bürger*innen seien. Dass die jetzt angestrebte Umstrukturierung und die 2018 durchgeführte Rekommunalisierung der Bremer Abfallwirtschaft zu einem Anstieg der Müllgebühren führe, sei jedoch ärgerlich.

Im Anschluss stellt Anna Faethe den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen vor.⁵

Dr. Hans-Peter Volkmann bittet für die CDU darum, den Zusatz, dass trotz eines flächendeckenden Angebots eine Gebührenerhöhung vermieden werden solle, in den Antrag aufzunehmen.

³ Der „Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024“ war bereits Gegenstand der Beiratssitzung am 17.12.2020, siehe [Protokoll Nr. 12](#) (TOP 6) sowie die Anlage [Antrag Grüne und SPD zu Recyclingstationen](#).

⁴ Die Präsentation ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁵ Der Antrag von SPD und Grünen ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Gudrun Eickelberg gibt zu bedenken, dass es angesichts einer Ausweitung des Angebots eher unwahrscheinlich sei, dass die Gebühren stabil gehalten werden könnten.

Anna Faethe schließt sich dieser Sichtweise an.

Da Dr. Volkmann seinen Antrag aufrecht erhält, lässt Frau Dr. Mathes zunächst über den Änderungsantrag der CDU abstimmen: Dieser wird mit sechs Ja-Stimmen (CDU-Fraktion) bei neun Nein-Stimmen und vier Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Frau Dr. Mathes über den Antrag von SPD und Grünen abstimmen: Dieser wird mit 17 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 3: Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Fernwärmeverbindungsleitung vom Müllheizkraftwerk an der Uni zum Heizwerk Vahr⁶

Frau Dr. Mathes hält eingangs fest, dass sich der Beirat in seiner letzten Sitzung am 28.01.2021 mehrheitlich darauf verständigt habe, zunächst keine Stellungnahme abzugeben und weitere Informationen bei SKUMS einzuholen.⁷ Zur heutigen Sitzung liege der gemeinsame Entwurf für eine Stellungnahme von Grünen und SPD vor, ergänzt um ein Minderheitenvotum der Fraktion Die Linke. Seitens der CDU-Fraktion liege ein Änderungsantrag zum Entwurf der Stellungnahme vor.

Dr. Volkmann stellt zunächst einen Antrag zur Geschäftsordnung: Die Verabschiedung einer Stellungnahme solle erneut auf die nächste Beiratssitzung vertagt werden. In der letzten Beiratssitzung am 28.01.2021 habe sich der Beirat darauf verständigt, möglichst eine einvernehmliche Stellungnahme abzugeben. Da SKUMS und die swb AG erst gestern Antworten zu den in der letzten Sitzung beschlossenen Fragen vorgelegt hätten, sei es ehrenamtlichen Beiratsmitgliedern nicht zumutbar, innerhalb von 24 Stunden eine Bewertung der vorliegenden Antworten vorzunehmen. Gegenwärtig sei nicht erkennbar, ob die Investitionskosten der swb und der in der vorliegenden Stellungnahme gewünschte Stadtteifonds nicht zu höheren Kosten für die Endverbraucher*innen führten. Da kein Termindruck bestehe, könne eine Entscheidung unproblematisch verschoben werden.

In seiner Gegenrede erwidert Klaus-Peter Land, dass die Zeit zur Abgabe einer Stellungnahme davonlaufe. Es gehe darum, jetzt durch die Abgabe einer Stellungnahme konkrete Änderungen einzufordern und Einfluss auf die Planfeststellung zu nehmen. Allen Fraktionen sei der Antrag längst bekannt. Er bitte daher, den Antrag zur Geschäftsordnung abzulehnen.

Frau Dr. Mathes lässt im Anschluss über den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen: Er wird mit elf Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Linke, Die Partei) bei acht Ja-Stimmen (CDU, FDP, Linke) abgelehnt.

Klaus-Peter Land stellt anschließend den gemeinsamen Antrag vor.⁸ Er verweist darauf, dass der Antrag nochmals ergänzt worden sei, um das Anliegen der CDU-Fraktion, nachvollziehbar den Trassenverlauf mit den geringsten Auswirkungen auf die Umwelt dargelegt zu bekommen, aufzugreifen. Die Stellungnahme sei wichtig, um die mit dem Bau der Fernwärmeverbindungsleitung verbundenen Auswirkungen auf den Stadtteil möglichst gering zu halten. Anliegen des Beirats sei es, mehr Ersatzpflanzungen für zu fallende Bäume innerhalb des Stadtteils zu erreichen, die Potentiale auf Flächenentsiegelungen und verkehrliche Verbesserungen, die sich im Zusammenhang mit der Fernwärmetrasse böten, zu nutzen. Außerdem fordere der Antrag einen Stadtteifonds, um auch zukünftig noch Verbesserungen im Umweltschutz für den Stadtteil finanzieren zu können. Der Antrag bilde die verschiedenen Positionen im Beirat ab, deshalb sei auch das Minderheitenvotum der Fraktion Die Linke aufgenommen worden.

Dr. Wolfgang Schober legt die Gründe für das Minderheitenvotum seiner Fraktion dar. In der letzten Beiratssitzung seien viele Fragen offengeblieben. Dass erst gestern SKUMS und swb/wesernetz Antworten vorgelegt hätten, sei unglücklich. Es sei notwendig, dass der Beirat heute Stellung nehme. Anhaltspunkte, dass auch eine spätere Stellungnahme noch berücksichtigt werde, gebe es nicht. Die von swb vorgeschlagene Trasse für die Fernwärmeverbindungsleitung

⁶ Dieser TOP knüpft an die Debatte in der letzten Beiratssitzung am 28.01.2021 an, siehe [Protokoll Nr. 13](#) (TOP 2).

⁷ Siehe hierzu die Fußnoten 1 und 2.

⁸ Der Antrag von Grünen und SPD mit einem Minderheitenvotum der Linken ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

sei nur durch die von swb aufgestellten Kriterien begründet und deshalb nicht die bestmögliche. Andere Trassen seien nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Dr. Volkmann stellt den von der CDU-Fraktion gewünschten Änderungsantrag vor:

„Die vorliegenden gutachterlichen Stellungnahmen zum Verlauf der Fernwärmetrasse reichen nicht aus. Der Gutachter soll aufgefordert werden, einen Trassenverlauf mit den geringstmöglichen Umweltauswirkungen und Verkehrsbelastungen zu ermitteln.“

Das Ziel seiner Fraktion sei eine gemeinsam verabschiedete Stellungnahme, so Dr. Volkmann, nicht ein weiteres Minderheitenvotum im Rahmen der Stellungnahme. Deshalb wünsche seine Fraktion eine entsprechende Ergänzung. Dem Beirat seien bislang wesentliche Informationen vorenthalten worden. Nur die von swb vorgeschlagenen Trassen seien gutachterlich geprüft worden. Dies sei umweltrechtlich nicht ausreichend, die Gutachter*innen hätten nur eingeschränkt tätig werden können.

Dies sei im Minderheitenvotum seiner Fraktion bereits dargelegt, entgegnet Dr. Schober. Der Änderungsantrag sei deshalb nicht sinnvoll.

Jörn Linnertz wiederum unterstreicht, dass der geplante Bau der Fernwärmeleitung mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sei. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit seien weitergehende gutachterliche Auskünfte nötig.

Um dieses Anliegen der CDU zu berücksichtigen, sei der Antrag entsprechend ergänzt worden, stellt Dr. Vera Helling klar. Der Umweltbericht, der Teil der ausgelegten Unterlagen im Planfeststellungsverfahren sei, habe die verschiedenen Trassenvarianten dargelegt. Dabei werde auch deutlich, welche Trassen swb mit welcher Begründung ausgeschlossen habe. Der bevorzugte Trassenverlauf werde im Umweltbericht am ausführlichsten erörtert.

Kay Middendorf weist darauf hin, dass es auch im Interesse der swb liegen müsse, absehbaren Einwänden von Bürger*innen begegnen zu können. Deshalb müssten alle Aspekte des Trassenverlaufs gutachterlich geklärt sein.

Auf Vorschlag von Frau Dr. Mathes wird die Redeliste geschlossen.

Christian Carstens hält fest, dass es swb sei, die die gutachterlich zu prüfenden Trassenvarianten festlege. Der Beirat befinde sich nicht in der Rolle der Antragstellerin. Deshalb könne er sich auf die von der swb bevorzugte Trasse konzentrieren und müsse keine Alternativen „ins Blaue“ entwickeln. Im Übrigen seien die einzelnen Fraktionen nicht weit auseinander, er bitte die CDU, über ihren Schatten zu springen und sich dem Antragsentwurf anzuschließen.

Klaus-Peter Land bittet darum, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abzulehnen, da deren Anliegen in den vorliegenden Antragsentwurf übernommen worden sei.

Frau Dr. Mathes lässt zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen: Er wird bei sieben Ja-Stimmen (CDU, FDP) und zwölf Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend stellt sie den Antragsentwurf zur Stellungnahme zur Abstimmung: Dieser wird mit 14 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen (CDU) und drei Enthaltungen (CDU) mehrheitlich verabschiedet.

Anschließend stellt Dr. Volkmann für die CDU-Fraktion folgenden Antrag auf Auskunft vor:

„Der Juristische Dienst der Bürgerschaft wird um Auskunft gebeten, ob der Beirat einen Anspruch auf Beantwortung der mit Mehrheitsbeschluss vom 28.01.2021 gestellten Fragen zur Fernwärmeversorgung hat. Darüber hinaus wird der Juristische Dienst um Auskunft gebeten, welche juristischen Mittel dem Beirat zur Verfügung stehen, und wer ggf. die Kosten des Verfahrens trägt.“

Kay Middendorf weist ergänzend darauf hin, dass es im Beirat keinen Dissens über die Frage gebe, ob dem Beirat alle notwendigen Informationen zur beantragten Fernwärmeverbindungsleitung vorliegen müssten. Der Beirat müsse in der Lage sein, alle Fragen zu diesem Vorhaben beantworten zu können. Gegenwärtig fehlten aber nach wie vor Informationen. Deshalb sei in der letzten Beiratssitzung ein Antrag auf Auskunft an SKUMS gestellt worden, aber SKUMS habe inzwischen zwei Male die Ersuchen des Beirats nicht beantwortet.

Frau Dr. Mathes erläutert, dass der Beirat nicht den juristischen Dienst der Bremischen Bürgerschaft beauftragen könne, aber nach [§ 7 Absatz 4 des Ortsbeirätegesetzes](#) einen entsprechenden Antrag auf Auskunft an die Senatorin für Justiz richten könne.

Anschließend verständigt sich der Beirat mit dem Einverständnis der CDU-Fraktion darauf, den Antrag zu überarbeiten und im Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ weiter zu besprechen.

TOP 4: Antrag SPD + Grüne: Radwege jetzt sanieren

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass der Antrag bereits im Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ besprochen worden sei. Zwischenzeitlich sei die gewünschte Priorisierung der zu sanierenden Radwegeabschnitte vorgenommen worden.

Darauf stellt Anna Faethe den Antrag vor.⁹

Klaus-Peter Land weist ergänzend darauf hin, dass der Antrag eilig sei, weil das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) in diesem Jahr mehr Mittel für die Sanierung von Radwegen zur Verfügung habe und gegenwärtig entscheide, wo saniert werden solle.

Dr. Volkmann signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion, macht aber gleichzeitig deutlich, dass es langjährige Missstände an Straßen im Stadtteil gebe, die auch beseitigt werden sollten. Er schläge vor, dass sich der Fachausschuss „Verkehr“ dem annehme.

Frau Dr. Mathes lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen: Er wird einstimmig angenommen.

TOP 5: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Eickelberg	Dr. Mathes	Berger

⁹ Der gemeinsame Antrag von SPD und Grünen ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.